



Presseschau vom 20.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

Dan-news.info: „Um 21:35 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte mit Abwehrgeschützen sowie großkalibrigen Schusswaffen das Feuer aus Richtung Nowogrigorowka auf **Krasnyj Oktjabrj** eröffnet“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit. Von den Positionen der feindlichen Truppen wurden mindestens 40 Schüsse auf die Ortschaft im Telmanowo-Bezirk abgegeben.

de.sputniknews.com: „Russland für Syrien zahlen lassen“: Das wollen Trump und saudischer Prinz besprechen.

US-Präsident Donald Trump will bei seinem morgigen Treffen mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman darüber sprechen, wie man Russland für sein Vorgehen in Syrien und seine vermeintliche Unterstützung des Iran im Jemen „zahlen lassen kann“.

„Der Präsident und der Kronprinz werden die Bekämpfung der destabilisierenden Tätigkeit des Iran in Syrien besprechen“, sagte ein hochrangiger Vertreter der US-Administration gegenüber Journalisten am Montag. Man werde außerdem die Rolle Russlands bei der „Unterstützung der Gräueltaten von Assads Regime“ in Syrien und Moskaus Versuche, den Iran im Jemen zu decken, erörtern.

„Die Diskussion wird sich darauf konzentrieren, wie man Russland gemeinsam für sein Vorgehen in Syrien und die Unterstützung der Verbreitung iranischer ballistischer Raketen im Jemen zahlen lassen kann“, so der Vertreter weiter.

Moskau hat die Vorwürfe Washingtons über eine angebliche „destabilisierende Tätigkeit“ in

der Region wiederholt zurückgewiesen und Washington seinerseits vorgeworfen, Syrien aufteilen zu wollen. Vergangene Woche hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow Washington aufgefordert, mit der Unterstützung von Terrormilizen in Syrien, unter anderem der Al-Nusra-Front, aufzuhören.

Wpered.su: In der letzten Woche hat in einigen italienischen Städten eine Ausstellung von Zeichnungen von Kindern des Donbass stattgefunden. Organisatoren waren Kommunisten aus der DVR und Italien, teilt ein Korrespondent der Seite „Wperjod“ mit.

„Im letzten Jahr haben wir Zeichnungen unserer Kinder aus Donezk gebracht, die den Träumen der Kinder des Donbass gewidmet waren. Alle wollen den Frieden, alle wollen den Sieg. In diesem Jahr sind unsere Freunde aus Donezk gekommen, Vertreter der Kommunistischen Partei, und haben uns neue Zeichnungen von Kindern gebracht, die der Roten Armee gewidmet sind“, erzählte die Vertreterin des sozialen Klubs GalleRi Art (Neapel) Eleonora Krawtschenko.

In Italien finden regelmäßig Kundgebungen, Aktionen, Sammlungen humanitärer Hilfe für die Einwohner des Donbass statt. Diese Initiativen kommen von den italienischen Kommunisten.

„Wir haben uns versammelt, um unsere Solidarität mit der antifaschistischen Bewegung im Donbass zum Ausdruck zu bringen. Heute werden hier Zeichnungen von Kindern aus einem Kinderheim vorgestellt. Sie zeichnen den Krieg im Donbass“, sagte der Regionalsekretär der italienischen Kommunistischen Partei (Venedig) Giorgio Langella.

„Wir hoffen, dass beim nächsten Mal die Zeichnungen der Kinder des Donbass, die hier vorgestellt werden, voller Freude und Farben sein werden und so zeigen, dass Frieden eingetreten ist“, unterstrich der Sekretär des Partei Rifondazione Comunista (Mailand) Matteo Principe.

Die Ausstellung fand in Rom, Mailand, Venedig, Bologna, Neapel statt. Die Künstler sind Kinder des Donezker Kinderheims Nr. 1 und der Makejewker Jugendklubs „Gajdarowez“. Auf den Zeichnungen, die aus Anlass des 100. Jahrestags der Roten Armee erstellt wurden, sind sowjetische Soldaten und Soldaten der Streitkräfte der DVR zu sehen.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/03/IMG_20180319_064105-150x150.jpg

Vormittags:

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Das Regime der Feueinstellung wird eingehalten.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte einmal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde das Gebiet von **Krasnyj Oktjabrj** mit Abwehrgeschützen und großkalibrigen Schusswaffen beschossen.

Dan-news.info: „Heute Nacht gegen 1:00 Uhr hat die ukrainische Armee wieder auf **Sachanka** geschossen, dabei wurden zwei private Häuser in der Lenin-Straße beschädigt“, informierte der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij. Nach seinen Worten sind keine Informationen über Verletzte eingegangen.

de.sputniknews.com: Merkels Schuldvermutung: Moskau soll zuerst seine Unschuld beweisen.

Nach dem mutmaßlichen Giftattentat auf den früheren Doppelagenten Sergej Skripal in Großbritannien geht auch Angela Merkel offenbar von einer Schuld Russlands aus. Bei ihrem Besuch in Warschau rief die deutsche Kanzlerin die Regierung in Moskau faktisch auf, ihre Unschuld zu beweisen.

Es gebe sehr ernsthafte Hinweise darauf, dass Russland damit etwas zu tun habe, sagte Merkel nach einem Treffen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki in Warschau.

Nun sei es an Moskau zu zeigen, dass das nicht der Fall sei, so die Kanzlerin laut deutschen Medien.

Einer der international weitgehend anerkannten Rechtsgrundsätze bei Strafverfahren ist eigentlich die Unschuldsvermutung: Jedermann hat solange als unschuldig zu gelten, bis in einem allgemeinen, gesetzlich bestimmten Verfahren rechtskräftig seine Schuld festgestellt wurde.

Sergej Skripal, einst Oberst des russischen Militärnachrichtendienstes GRU, war 2004 als Agent des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 entlarvt und von einem russischen Militärgericht wegen Hochverrats zu 13 Jahren Haft verurteilt worden. Sechs Jahre später wurde Skripal mit drei weiteren westlichen Spionen gegen zehn vom FBI verhaftete russische Agenten ausgetauscht, unter ihnen die als „Agentin 00Sex“ bekannte Anna Chapman.

Am 4. März dieses Jahres wurden der 66-jährige Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury bewusstlos aufgefunden und mit Anzeichen einer Vergiftung in ein Krankenhaus gebracht, wo beide ins Koma fielen. Medienberichten zufolge sollen 21 Personen in Mitleidenschaft gezogen worden sein, darunter auch ein Polizist.

Die britischen Behörden vermuten einen Anschlag mit einem Nervengift des Typs A234, auch bekannt als „Nowitschok“.

Die genauen Umstände sind noch unklar. Doch Premierministerin Theresa May erklärte, dass hinter dem mutmaßlichen Giftanschlag „höchstwahrscheinlich“ Russland stecke. Russland weist den Vorwurf zurück. Bereits zuvor hatten Medien berichtet, dass May Russland die Schuld in die Schuhe schieben wolle.

Russland erklärte sich bereit, an Ermittlungen teilzunehmen. London verweigert Moskau ohne Angabe von Gründen den Zugang zu Ermittlungsmaterialien und verstößt dadurch nach russischen Angaben gegen die Chemiewaffenkonvention.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31970/90/319709090.jpg>

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 2. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Krasnyj Oktjabrj, Sachanka**

In Folge des erneuten Beschusses von Sachanka von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden folgende Wohnhäuser durch Splitter an der Fassade beschädigt:

Lenin-Straße 13/1

Lenin-Straße 13/2

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 46. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 4.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 Uhr (Moskauer Zeit) in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Giftanschlag: Kreml klärt Merkel über Unschuldsvermutung auf. Nach Angela Merkels Forderung, Russland solle seine Nicht-Verwicklung in den Giftanschlag in Großbritannien beweisen, erinnert der Kreml die deutsche Bundeskanzlerin an den international weitgehend anerkannten Rechtsgrundsatz der Unschuldsvermutung. Nicht Russland müsse seine Unschuld beweisen, sondern Großbritannien seine Vorwürfe, sagte Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, am Dienstag. Gegenteilige Behauptungen würden jeglichem „elementaren Rechtsverständnis“ widersprechen.

„Es ist offensichtlich vor allem Großbritannien, das (seine Vorwürfe – Red.) begründen muss“, sagte Peskow. „Lasst uns Vernunft bewahren und abwarten, bis Großbritannien seine Vorwürfe, die auf hoher und höchster Ebene formuliert wurden, mit Beweisen begründet.“ „Das elementarste Rechtsverständnis setzt diese Notwendigkeit voraus“, so der Kreml-Sprecher.

Die jüngste Äußerung der deutschen Kanzlerin „macht kaum Hoffnung“, so Peskow. „Es geht um die Unschuldsvermutung.“

Merkel hatte am Montag bei ihrem Besuch in Warschau von ernstlichen Hinweisen darauf gesprochen, dass Russland etwas mit dem mutmaßlichen Giftattentat auf den früheren Doppelagenten Sergej Skripal in Großbritannien zu tun habe. Nun sei es an Moskau zu

zeigen, dass das nicht der Fall sei, Merkel laut deutschen Medien.

Peskow erinnerte die deutsche Kanzlerin in diesem Zusammenhang auch daran, dass Russland diese Vorwürfe bereits als haltlos zurückgewiesen habe und dass sämtliche russischen Chemiewaffen unter internationaler Kontrolle vernichtet worden seien....



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31875/62/318756260.jpg>

Dan-news.info: Bericht aus dem Starobeschewo-Bezirk (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

„Während der Kämpfe in den Jahren 2014 bis 2017 waren 24 Ortschaften des Bezirks betroffen, in denen 553 private Wohnhäuser, vier Mehrparteienwohnhäuser beschädigt wurden, 27 private Häuser wurden zerstört“, teilte in einem Interview mit DAN der Leiter der Bezirksverwaltung des Starobeschewo-Bezirks Nikoaj Michajlow mit.

Außerdem wurden 44 Infrastrukturobjekte beschädigt.

„Bisher wurden 81 Prozent der Wohnhäuser wieder aufgebaut“, sagte Michajlow.

Er erläuterte, dass Wiederaufbauarbeiten an vier Mehrparteienwohnhäusern und 473 privaten durchgeführt wurden. Für 2018 ist der Wiederaufbau weiterer 51 Häuser geplant. „Zuzeit laufen Arbeiten an 15 Häusern, Baumaterial steht ausreichend zur Verfügung“, sagte der Leiter des Bezirks.

Von 44 beschädigten Infrastrukturobjekten wurden 18 wiederaufgebaut. An 12 wurden die Arbeiten im Rahmen des staatlichen Programms durchgeführt, sechs wurden mit eigenen Kräften oder mit Hilfe humanitärer Organisationen wiederaufgebaut. Für dieses Jahr ist der Wiederaufbau von elf Objekten geplant, darunter sind neun Bildungseinrichtungen.

„Die Bevölkerung des Starobeschewo-Bezirks hat zu 94% Arbeitsplätze“, sagte Michajlow.

„Die Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung beträgt bei uns etwa 16.000“.

Der Starobeschewo-Bezirk befindet sich im südöstlichen Teil des Donbass und umfasst 60 Ortschaften. In dem Bezirk entwickeln sich die Förderindustrie und die Landwirtschaft, die fast die Hälfte der Wirtschaft ausmacht, aktiv. Im Jahr 2014 gab es auf dem Territorium aktive Kämpfe, die später durch Beschießungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte abgelöst wurden. Im Verlauf des Konflikts starben 35 zivile Einwohner.

Ukrinform.ua: Ungarn ist gegen Stationierung einer Militäreinheit in Beregowe.

Außenminister Ungarns Peter Szijjártó hat seine Unzufriedenheit mit Plänen des ukrainischen Verteidigungsministeriums geäußert, ein Bataillon in der Stadt Beregowe, Region Transkarpatien, zu stationieren.

Der Minister ist über die Stationierung des Truppenverbandes in der Stadt mit einem hohen Anteil der ethnischen Ungarn besorgt, berichtet „EP“ unter Berufung auf Hirado.hu. Noch mehr Anlass zur Sorge gibt laut Szijjártó die Begründung des Verteidigungsministeriums, die Stationierung sei notwendig wegen der Gefahr für die territoriale Integrität der Ukraine. „Das bedeutet, dass sie die ungarische nationale Gemeinde für eine Gefahr für Kiew halten, was

empörend ist, und deswegen lehnt Ungarn dies kategorische ab.“

Am 9. Februar diskutierte der Stadtrat von Beregowe die Stationierung des selbständigen Bataillons der 128. Gebirgsbrigade. Bis 2003 war Beregowe der Standort für das 315. Regiment, das aufgelöst wurde. Das Militär will das Bataillon mit 500 Soldaten bis 2019 stationieren.

de.sputniknews.com: **Klares Signal an Finanzelite: Scholz ernennt Goldman-Sachs-Mann zum Staatssekretär.**

Ernst Wolff

Wenige Tage nach seiner Ernennung zum Finanzminister hat Olaf Scholz den Deutschlandchef der US-Großbank Goldman Sachs, Jörg Kukies, zu einem seiner Staatssekretäre ernannt. Kukies soll sich vor allem um die Europapolitik und die Finanzmarktregulierung kümmern.

Die Personalentscheidung von Olaf Scholz (SPD) dürfte kein Zufall sein. Die neue Große Koalition in Berlin sieht schweren Zeiten entgegen. Die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Zeichen stehen auf Sturm. Während sich der Westen systematisch auf die Ausweitung eines Krieges im Nahen Osten und eine mögliche Konfrontation mit Russland und China vorbereitet, kommt die globale Wirtschaft trotz aller anderslautenden Meldungen auch zehn Jahre nach der letzten großen Krise nicht wieder in Schwung.

An den Finanzmärkten brodelt es

Besonders kritisch ist die Entwicklung an den Finanzmärkten: Sie werden seit einem Jahrzehnt nur durch künstliche Manipulation am Leben erhalten. Die dafür erforderlichen Maßnahmen wie Gelddrucken und Zinssenkungen durch die Zentralbanken zeigen dabei immer stärkere und gefährlichere Nebenwirkungen – zum Beispiel Blasenbildung und Geldentwertung.

Um dem entgegenzusteuern, müsste die Flut billigen Geldes eingedämmt und die Zinsen erhöht werden. Das aber trifft auf den erbitterten Widerstand genau der Banken, die vor zehn Jahren für „too big to fail“ erklärt wurden. Sie sind mittlerweile so mächtig, dass sie jede Regierung der Welt innerhalb weniger Tage in die Knie zwingen können. Diese Großbanken haben sich mittlerweile wie Süchtige an das billige Geld gewöhnt und setzen es Tag für Tag in horrendem Ausmaß zur Finanzspekulation ein.

Damit aber stecken sowohl die Zentralbanken als auch die Regierungen in einer Klemme, aus der es für sie langfristig kein Entrinnen gibt. Da beide aber von Menschen geführt werden, die nur kurzfristig – nämlich an die eigene Macht und die eigene Karriere – denken, reagieren sie durchweg auf dieselbe Art und Weise: Sie unterwerfen sich bedingungslos den Interessen der „Too-big-to-fail“-Banken. Genau diese Botschaft möchte Scholz offenbar der Wall Street senden.

SPD-Führung positioniert sich – für die Großbanken

Scholz' Maßnahme ist aber auch noch aus einem anderen Grund ein klares Signal an die Wall Street: Das Hin und Her der SPD nach den Wahlen, das Personalkarussell an ihrer Spitze und die Mitgliederabstimmung zur GroKo haben der internationalen Finanzelite, die vor allem auf Verlässlichkeit setzt und mit großem Misstrauen auf jede Veränderung reagiert, überhaupt nicht gefallen. Um sie zu beruhigen, gibt Deutschlands neuer Finanzminister ihr jetzt durch Kukies' Ernennung zu verstehen, dass sein Ministerium sich in den kommenden Stürmen voll und ganz ihren Interessen unterordnen und an ihre Vorgaben halten wird.

Dass dieses Zeichen gerade von Scholz kommt, sollte nicht verwundern: Er hat erst vor wenigen Wochen als Hamburger Bürgermeister dazu beigetragen, dass die profitablen Reste der HSH Nordbank an den US-Geier-Hedgefonds Cerberus verramscht wurden, während die unprofitablen Teile beim Staat blieben und die Steuerzahler in Hamburg und Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren einen zweistelligen Milliardenbetrag kosten werden. Scholz hat damit nicht nur eindeutig Position für die Banken und gegen die arbeitende

Bevölkerung bezogen. Sein Verhalten hat auch einmal mehr deutlich gemacht, wie die Arbeitsteilung in der SPD funktioniert: Diejenigen, die keine Entscheidungsgewalt haben, dürfen von „Erneuerung“ faseln und das Märchen verbreiten, die SPD sei wieder auf dem Weg zu einer Partei der arbeitenden Bevölkerung. Diejenigen, die die Fäden in der Hand halten, erledigen gleichzeitig hemmungslos das Geschäft der Finanzelite.

Ein weltumspannendes Spinnennetz an Kontakten

Goldman Sachs zählt zu den größten Finanzinstituten der Welt. Die Bank ist mit dem wahrscheinlich umfassendsten und effektivsten globalen Netzwerk und dem direktesten Zugang zu den Schaltzentren der internationalen Politik ausgestattet.

Zu ehemaligen Goldman-Sachs-Mitarbeitern zählen unter anderen EZB-Chef Mario Draghi, Ex-EU-Kommissionspräsident José Barroso, die Ex-US-Finanzminister Henry Paulson und Robert Rubin, der gegenwärtige US-Finanzminister Steven Mnuchin, Trumps Ex-Berater Stephen Bannon und Gary Cohn, Ex-Weltbank-Chef Robert Zoellick, die ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti und Romano Prodi, der ehemalige griechische Ministerpräsident Loukas Papadimos, aber auch der deutsche EZB-Direktor und Merkel-Berater Ottmar Issing und die AfD-Sprecherin Alice Weidel.

Wie kein anderes Finanzinstitut hat es Goldman Sachs geschafft, seinen Einfluss in der Politik geltend zu machen und sich über seine eigenen Leute grenzübergreifend Vorteile aller Art zu verschaffen. Dass die Bank nun auch einen direkten Vertreter im deutschen Finanzministerium besitzt, verdankt die arbeitende Bevölkerung unseres Landes ironischer Weise der Partei, die im zurückliegenden Wahlkampf als Vorkämpferin für soziale Gerechtigkeit angetreten ist.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31999/21/319992194.jpg>

ukrinform.ua: Cybersicherheit: Ukraine und Großbritannien wollen Kooperation vertiefen. Die Ukraine und Großbritannien führen Konsultationen zur Vertiefung der Kooperation im Bereich der Cybersicherheit durch.

Die Konsultationen haben heute in London begonnen, teilte das ukrainische Außenministerium auf Twitter mit.

Zuvor wurde mitgeteilt, dass ein Gesetzentwurf zur Kooperation mit der Ukraine im Bereich der Cybersicherheit in den US-Senat eingebracht worden sei. Im Ukraine Cybersecurity Cooperation Act geht es um die Verbesserung des Schutzes von Computernetzen der ukrainischen Regierung, Verringerung der Abhängigkeit von russischen Informationssystemen und bessere Möglichkeiten für die internationale Zusammenarbeit der Ukraine im Cyberraum.

Nachmittags:

de-sputniknews.com: „System instabil“: Sputnik zeigt „Putins Wahl-Schlappe“

Am Sonntag hat Russland seinen Präsidenten gewählt. Im Laufe des ganzen Tages war in den deutschen Medien ein und derselbe Refrain zu hören – es gebe zwar keine Zweifel an Putins Wiederwahl, doch herrsche angeblich „große Nervosität im Kreml“. Mehr noch: Putin habe eine Schlappe einstecken müssen. Stimmt das?

Wladimir Putin hatte die Präsidentenwahl am Sonntag mit einem Rekordergebnis von 76,66 Prozent gewonnen und geht nun gestärkt in seine vierte Amtszeit.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/mYQ2UHgTEYE" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/mYQ2UHgTEYE>

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Trotz der des geltenden Waffenstillstands haben die ukrainischen Kämpfer weiter den Waffenstillstand verletzt und Leben und Gesundheit von Bürgern unserer Republik bedroht. In **Richtung Mariupol** hat der Feind ein Abwehrgeschütz 3U-23 und großkalibrige Schusswaffen eingesetzt und etwa 40 Geschosse auf das Gebiet von Krasnyj Oktjabrj abgefeuert.

Von unserer Aufklärung wird die **Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte auf die Durchführung einer weiteren Provokation** festgestellt.

So wird derzeit von einer Kommission der operativ-taktischen Gruppe „Donezk“ eine Überprüfung von Artilleriefeldlagern, die den bewaffneten Formationen auf dem besetzten Territorium des Donezker Oblast unterstehen, durchgeführt. Die Kommission bewertet die Organisation der Lagerung der Munition, der Bewachung und des Schutzes, der Brandsicherheit in den Lagerobjekten.

Im Zeitraum vom 19. bis 21. März überprüft eine Inspektion, zu der mit einer entsprechenden Legende versehene Vertreter der Spezialoperationskräfte gehören, das Raketenartilleriewaffenlager der 30. mechanisierten Brigade.

Nach Informationen, die wir von einer vertrauenswürdigen Quelle erhalten haben, ist der tatsächliche **Zweck der Überprüfung die Auswahl eines Artilleriefeldlagers, das durch Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte vernichtet werden soll**, um dann eine Diversions- und Erkundungsgruppe aus den Streitkräften der DVR dessen zu beschuldigen. Wir schließen nicht aus, dass zur Schaffung von gefälschten Beweisen für die Beteiligung unserer Streitkräfte am Explosions- und Brandort Überreste von „Diversanten“ aus der Gruppe der zuvor von Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte Entführten gefunden werden.

Solche Aktivitäten verbinden wir mit der Absicht des verbrecherischen Regimes Poroschenkos, weitere Fake-Beweise zu schaffen, um uns in den Augen der Weltöffentlichkeit des Terrorismus zu beschuldigen. Und außerdem zur Schaffung von Vorwänden, um weitere Munitions- und Waffenlieferungen bei den Schutzherren aus den Ländern Europas und den USA zu erbetteln.

Dabei schließen wir nicht aus, dass die auf einen terroristischen Akt abgeschriebenen Waffen internationalen terroristischen Organisationen, die im Nahen Osten und Afrika aktiv sind, verkauft werden, wie dies nach den Detonationen in den Lagern von Balakleja der Fall war. Ich erkläre offiziell, dass die Streitkräfte der Donezker Volksrepublik nicht zu Terror und Diversion absinken, wie dies die Besatzungsbanden der Ukraine tun.

Wir lenken die Aufmerksamkeit darauf, dass alle Erklärungen, die uns des Terrorismus und der Diversion beschuldigen, nachweislich falsch sind und alle Beweise gefälscht sind.

de.sputniknews.com: Duma-Chef: Westen bewirkt mit Russland-Hetze das Gegenteil.

Die Informationsangriffe gegen Russland aus dem Ausland haben einen entgegengesetzten

Effekt erzielt: Die Wähler haben sich um Wladimir Putin zusammengeschlossen. Diese Ansicht äußerte der Vorsitzende der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), Wjatscheslaw Wolodin, am Dienstag.

„Die Angriffe, die unfreundliche Kräfte aus dem Ausland gegen unser Land führen, die Sanktionspolitik und die abgebrühte Informationskampagne gegen unser Land haben noch mehr Bürger, Wähler um Wladimir Putin vereint, und er bekam eine solche Unterstützung“, so Wolodin.

„Was die Wahlergebnisse angeht, so muss man davon ausgehen – obwohl dies vielleicht dem politischen Kampf und den Parteiinteressen widerspricht – dass der Wahlsieg von unserem Präsidenten Wladimir Putin – und das wird von allen anerkannt – nicht zufällig war: Er hat mit seinem Dienst, seiner Arbeit, seinen Taten bewiesen, wie viel man für unser Land tun kann“, fügte er hinzu.

Dass sich die Bürger unabhängig von ihren parteilichen oder politischen Präferenzen ausgerechnet um Präsident Putin vereint hätten, sei „sehr wichtig“ für Russland. Der Staatschef habe „absolute Unterstützung“ erhalten, was ein „historisches Resultat“ sei, so der Duma-Chef abschließend.

Wladimir Putin war am Sonntag als klarer Sieger bei den Präsidentschaftswahlen in Russland hervorgegangen. Er konnte 76,69 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und geht somit gestärkt in seine vierte Amtszeit.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31812/39/318123975.jpg>

de.sputniknews.com: Schoigu: USA und Koalition erhöhen Militär-Aktivität „um Syrien herum“.

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat auf eine verstärkte Aktivität der Streitkräfte der USA und der internationalen Anti-IS-Koalition „um Syrien herum“ hingewiesen. Er äußerte zudem die Hoffnung, dass die westlichen Partner sich von der Vernunft leiten lassen.

„Wir verfolgen weiter das Vorgehen der USA und der Mitgliedsstaaten der Koalition. Wir registrieren eine erhöhte Aktivität ihrer Streitkräfte um Syrien herum“, sagte Schoigu am Dienstag.

Wie der Minister weiter betonte, bleibt die Wahrscheinlichkeit, dass Kämpfer Giftstoffe einsetzen, um dann später die syrische Regierungsarmee dafür verantwortlich zu machen, weiterhin hoch. „Drei solche Versuche wurden in der letzten Woche verhindert“, so Schoigu weiter.

Moskau hoffe, dass die westlichen Partner sich unter den jetzigen Umständen von der Vernunft leiten lassen und mit dem Liebäugeln mit den Terroristen aufhören sowie sich den friedlichen russischen Initiativen in Syrien anschließen. Russland werde seinerseits alles

Mögliche für die Normalisierung der Lage in der Region unternehmen.

de.sputniknews.com: Kreml bedauert „manische Wünsche der USA“.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat den Wunsch der USA, Russland immer wieder dazu zu zwingen, für etwas zu zahlen, als „manisch“ und „bedauernd“ bezeichnet. Damit reagierte er auf die jüngste Initiative Washingtons, die Möglichkeiten der Druckausübung auf Moskau wegen dessen Syrien- und Iran-Politik mit Riad zu diskutieren.

„Man könnte wiederum Bedauern im Zusammenhang mit solch einem manischen Wunsch äußern, Russland immer wieder dazu zu bringen, für etwas zu zahlen“, sagte Peskow am Dienstag. Solch ein Wunsch verlaute ihm zufolge regelmäßig auf verschiedenen Ebenen aus Übersee.

„Russland hat immer seine Rechnungen bezahlt. Doch die Rechnungen von jemandem anderen wird Russland nie bezahlen“, betonte der Kreml-Sprecher.

Am Montag hatte ein hochrangiger Vertreter der US-Administration gegenüber Journalisten mitgeteilt, dass US-Präsident Donald Trump bei seinem Treffen mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman am Dienstag darüber sprechen wolle, wie Russland dazu gebracht werden könnte, für sein Vorgehen in Syrien und seine vermeintliche Unterstützung des Iran im Jemen zu zahlen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31991/05/319910511.jpg>

de.sputniknews.com: Moskau ruft Washington zum Verzicht auf Angriffspläne gegen Syrien auf.

Moskau warnt Washington laut dem russischen Vize-Außenminister Sergej Rjabkow vor Angriffsplänen gegen Syrien.

„Dazu gehören auch Drohungen über Angriffe auf Regierungskräfte und auf die Hauptstadt Syriens. Wir haben die US-amerikanische Seite gewarnt und warnen sie auch weiter, dass sie auf diese Pläne bedingungslos verzichten soll“, sagte Rjabkow am Dienstag gegenüber Journalisten.

Jeder Gewaltakt wie im Fall der Raketenattacke auf den syrischen Flugplatz Schairat vor knapp einem Jahr werde als Akt der Aggression gegen einen souveränen Staat gedeutet werden.

Moskau sei zudem wegen der wiederholten inszenierten Giftgas-Vorfälle in Syrien besorgt. Dabei sei bislang kein Beweis dafür vorgelegt worden, dass Damaskus hinter den Giftgasangriffen stehe.

Vor dem Hintergrund der Erfolge der Regierungskräfte in Ost-Ghuta sei die Wahrscheinlichkeit von solchen Inszenierungen nun höher.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A. W. Marotschko:

Die **Situation** im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt relativ ruhig**.

In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen registriert.

Wir stellen weiter Fälle von unmenschlichen Verhaltensweisen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gegenüber der Zivilbevölkerung fest.

Am 15. März wurde am Passierpunkt Staniza Luganskaja ohne jeden Grund ein Mann festgenommen, der aus Charkow nach Lugansk fuhr. Nach vier Stunden Verhör haben ihn die Soldaten mit der Warnung gehen lassen, dass er diesen Passierpunkt nie wieder passieren soll, wenn er nicht „verschwinden“ will. Außerdem hat in dem Moment, als er hinausging, einer der Soldaten hinzugefügt, dass er, wenn es nach ihm ginge, auf alle schießen würde, die versuchen die Grenze zu passieren.

Bei uns gehen auch weiter Informationen über den schlechten moralisch-psychischen Zustand der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte ein. Dies kommt auch in Rechtsverletzungen und Verbrechen, die von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte begangen werden, zum Ausdruck.

Ein weiterer erschreckender Fall ereignete sich in einer Schule von Sewerodonezk. Zwei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte aus einer der Einheiten der 10. Gebirgstruppe sind in eine höhere Klasse gekommen, um Unterricht zum Verhalten bei der Entdeckung von explosiven Stoffen zu geben. Nach dem Unterricht zeigten sie Interesse an einer der 16jährigen Mädchen und versuchten dann sie gewaltsam in ein Fahrzeug zu bringen und mitzunehmen. Das Mädchen wurde nur dadurch vor einer Vergewaltigung gerettet, dass sie begann zu schreien und um Hilfe zu rufen, was die Aufmerksamkeit ihrer Mitschüler erregte und die ukrainischen Verbrecher vertrieb.

Nach dem Vorfall versuchten die ukrainischen Soldaten, die Zeugen davon zu überzeugen, dass sie keine schlechten Absichten hatten und nicht vor hatten, das Mädchen wegzubringen und sie forderten auch, den Fall nicht zu verbreiten. Wie später bekannt wurde, gelangte die Information zum Kommandeur der Brigade und aufgrund von dessen Entscheidung wurden beide Soldaten am nächsten Tag zu einem ständigen Dislokationspunkt geschickt, angeblich um dienstliche Aufgaben zu erledigen.

Ich möchte den verlogenen ukrainischen Massenmedien empfehlen, die Aufmerksamkeit auf die Verluste unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte zu richten, unter anderem auf die nicht kampfbedingten, die um ein Mehrfaches höher sind als kampfbedingten.

In den Reihen der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, die sich in der Zone der Operation der vereinigten Kräfte befinden, wachsen die nicht kampfbedingten Verluste.

Am 17. März starb ein Soldat aus der 54. mechanisierten Brigade in der Folge von Drogeneinnahme und unvorsichtigem Umgang mit der Waffe, drei wurden verletzt. Es wird eine Ermittlung durchgeführt, die Ankunft von Mitarbeitern der Militärstaatsanwaltschaft wird erwartet.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen genau ein. Wir treten für Verhandlungen eine Lösung des Konflikts auf friedlichem Weg ein, aber im Fall einer direkten Aggression behalten wir und das Recht auf erwidernde Handlungen vor.

de.sputniknews.com: Syrien: Zwei Drittel von Ost-Ghuta freigekämpft – russischer Minister. Zwei Drittel der belagerten syrischen Enklave Ost-Ghuta sind von den Terroristen befreit worden, teilte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu am Dienstag mit. Seit dem Beginn der russischen Militäroperation in Syrien sollen insgesamt mehr als 1,3 Millionen Flüchtlinge auf das befreite Territorium zurückgekehrt sein.

„Derzeit wird unter Leitung des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien eine nie dagewesene und nach ihrem Umfang beispiellose humanitäre Operation in

Ost-Ghuta durchgeführt. In den vergangenen fünf Tagen sind von dort aus 79.655 Menschen über eingerichtete humanitäre Korridore herausgeführt worden“, sagte Schoigu. Mehr als 65 Prozent des Territoriums von Ost-Ghuta seien von Terrorkämpfern befreit worden. Laut Schoigu bemühen sich die russischen Offiziere vor allem darum, eine sichere Evakuierung von Zivilisten aus den belagerten Gebieten zu gewährleisten und humanitäre Hilfsgüter aus Russland zu transportieren.

„In kurzer Zeit sind 427 Tonnen Lebensmittel sowie Feldküchen und abgefülltes Trinkwasser wie auch 7.100 Matratzen samt Bettzeug und 91.810 ‚Lebensmittelkörbe‘ zugestellt worden. 21.840 Zivilisten sind mit warmem Essen versorgt worden“, so der Minister.

Er sagte ferner, dass im März im Rahmen der humanitären Operation für drei UN-Hilfskonvois die Einfahrt in die belagerten Vororte von Damaskus ermöglicht worden sei.

„Diese Arbeit wird in engem Zusammenwirken mit der Uno, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und dem Syrischen Arabischen Roten Halbmond geleistet“, so Schoigu.

„Trotz immer neuer Versuche der Terrorkämpfer, Friedensinitiativen in Ost-Ghuta zu vereiteln, führen wir Verhandlungen mit den Chefs der bewaffneten Formationen, um die Kampfhandlungen zu stoppen und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern“, sagte der Minister.

Ihm zufolge organisiert das russische Versöhnungszentrum auch in weiteren Gebieten Syriens humanitäre Aktionen. So seien 3.870 Menschen aus der Schutzzone in Idlib über den vom russisch-iranisch-türkischen Koordinierungszentrum eingerichteten humanitären Korridor in die Provinz Aleppo geführt worden. Weitere 25.684 Menschen seien nach Deir ez-Zor zurückgekehrt, so Schoigu.

Dnr-online.ru: In Donezk fand am 20. März eine Organisationssitzung der Initiativgruppe zur Schaffung eines Volksstrafrechtstribunals zu den Verbrechen der ukrainischen Regierung im Donbass statt. Sowohl Vertreter der Öffentlichkeit der DVR und der LVR als auch Bürger der Ukraine beschlossen die Satzung des Volksstrafrechtstribunals, wählten seine Mitglieder und die vereidigten Beisitzer, bestätigten Ankläger und Verteidiger, erklärten den Beginn der Arbeit der offiziellen Internetseite (nar-tribunal.ru) und teilten mit, dass bald die erste Gerichtsverhandlung stattfinden wird, zu der Vertreter der höchsten Führung der Ukraine vorgeladen werden – Poroschenko, Jazenjuk, Awakow, Grojsman, Poltorak, Mushenko. „Das Volksstrafrechtstribunal wird die Verbrechen der ukrainischen Regierung gegenüber den Einwohnern des Donbass behandeln. Dies wird eine vollwertige Gerichtsverhandlung entsprechend der nationalen und internationalen Gesetzgebung sein. Wir wissen nicht, welche Entscheidung das Tribunal und das Volk des Donbass treffen werden, aber wir sind überzeugt, dass diese den weiteren Dokumenten zum Stopp des Kriegs im Donbass und zur Wiederherstellung des Friedens zu Grunde liegen wird“, berichtete die Vorsitzende des Volksstrafrechtstribunals zu den Verbrechen der ukrainischen Regierung im Donbass Jelena Schischkina.

Während der Organisationssitzung wurde unterstrichen, dass das Volksstrafrechtstribunal bereit ist, die Kommunikation mit der höchsten Führung der Ukraine im Rahmen einer Online-Konferenz zu gewährleisten. „Dies ist die Führung der Ukraine, die verbrecherische Befehle erteilt. Ich fürchte, dass wir ihre Anwesenheit in Donezk nicht erreichen können. Denn diese Angeklagten haben nur genug Mut, aus Kiew Befehle zu geben, auf friedliche Einwohner des Donbass zu schießen, aber sie haben nicht genug Mut, zu kommen und ihnen in die Augen zu sehen. Alle Angeklagten sind in einem verbrecherischen Plan vereinigt, im Zusammenhang damit werden auf jeder Gerichtsverhandlung die Taten jedes Angeklagten behandelt werden“, sagte Jelena Schischkina.

Insgesamt wurden von der Öffentlichkeit drei Richter, 12 vereidigte Beisitzer (je sechs aus der DVR und der LVR) sowie ein Verteidiger der Angeklagten gewählt. Die vereidigten Beisitzer wurden durch Losentscheid aus den Einwohnern des Donbass bestimmt, die den Wunsch

geäußert haben, an der Arbeit des Volksstrafrechtstribunals teilzunehmen und einen entsprechenden Antrag über entsprechende E-Mail-Adresse eingereicht haben. Als Verteidigerin der Angeklagten wurde die Rechtsanwältin Jelena Gridina bestimmt. Nach ihren Worten, hat sie aus mehreren Gründen zugestimmt an einem solchen Gerichtsverfahren teilzunehmen. „Ich bin Rechtsanwältin und aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit habe ich oft mit Verbrechen zu tun, auch mit schweren. Trotz meines einfach menschlichen Verhältnisses zu der Situation kann nicht geleugnet werden, dass die Angeklagten Personen sind, die ein Recht auf Verteidigung vor Gericht haben. Niemand kann schuldig gesprochen werden ohne ein Gerichtsurteil. Wir erinnern uns, dass der erste internationale Militärgerichtshof in der Geschichte, in Nürnberg, als Ergebnis hatte, dass die Hitlersche Aggression als äußerst schwere Straftat anerkannt wurde. Doch selbst dort hatte jeder Angeklagte einen Verteidiger. Außer der Verteidigung der Rechte der Angeklagten gewährleistet meine Verteidigung in diesem Prozess die Streitigkeit des Prozesses und dass alle Aspekte dieser Sache gleichberechtigt dem Gericht vorgetragen werden. Ich meine, dass es notwendig ist, Vergeltung an den Angeklagten auf einer Welle öffentlichen Aufsehens zu vermeiden. Gleichzeitig meine ich, dass meine Teilnahme an dem Prozess dabei helfen wird, weitere Opfer unter den zivilen Einwohnern des Donbass zu vermeiden“, erklärte sie.

de.sputniknews.com: „Skripal können auch Briten vergiftet haben“ – Nervengift-Erschaffer Der Chemie-Professor Leonid Rink hat an der Entwicklung des Nervengifts A-234 gearbeitet, kennt die Substanz bis ins letzte Molekül. Die Briten behaupten, der Ex-Doppelagent Sergej Skripal sei mit diesem Stoff vergiftet worden, und beschuldigen russische Behörden des Mords. Im Exklusiv-Interview mit Sputnik stellt der Fachmann die Lage anders dar.

An der Entwicklung des Nervengifts A-234 mitzuarbeiten, habe die Grundlage für seine Doktorschrift gelegt, sagt Professor Rink: „Ich habe damals in Schichany gearbeitet, in einer Filiale des Staatlichen Forschungsinstituts für organische Chemie und Technologie.“ Diese Forschungseinrichtung war zu Sowjetzeiten mit der Entwicklung von C-Waffen beauftragt. Leonid Rink war 27 Jahre lang, bis Anfang der 1990er Jahre leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter und Laborleiter des Instituts.

An der Entwicklung des Nervengifts habe eine ganze Gruppe von Wissenschaftlern gearbeitet, an zwei Standorten: im besagten Schichany unweit der Großstadt Saratow und in Moskau. „Wir mussten ein Versuchsmuster synthetisieren und dann Zehntausende von Anforderungen erfüllen, damit dieses System wirkungsvoll war und seine Wirksamkeit bei allen Arten von Transport erhalten blieb“, erklärt der Wissenschaftler.

Das Nervengift sei übrigens keine Substanz, sondern ein ganzes Einsatzsystem, fügt der Professor hinzu. Jedenfalls seien letztlich sehr gute Ergebnisse erzielt worden. „Das in der UdSSR in Dienst gestellte System hieß ‚Nowitschok-5‘. Ohne Zahlen wurde die Bezeichnung nicht angewandt.“

Westliche Medien berichten, Wil Mirsajanow sei der Entwickler des Nervengifts gewesen. War er an der Entwicklung von Nowitschok wirklich beteiligt? „Nein. Und das schreibt er auch selbst ganz offen und ehrlich.“ Mirsajanow habe die Abteilung für die Abwehr von Industriespionage geleitet. „Er schützte unsere Entwicklungen und hatte deshalb Zugang zu allem. An Besprechungen zu Systemen, die damals entwickelt wurden, nahm er aber nicht teil. Mit der Entwicklung hatte er nichts zu tun. Da die Forscher aber sich gegenseitig nun mal alles erzählen, war er eingeweiht.“ Dass Mirsajanow die Staatsgeheimnisse im Ausland verraten habe, sei letztlich die Schuld jener Leute, die ihn haben ausreisen lassen, so Professor Rink.

Die Story der britischen Zeitung „The Telegraph“, laut der die Sachen von Sergej Skripals Tochter bereits in Moskau mit dem Nervengift bearbeitet worden sein sollen, hält der Wissenschaftler für absoluten Unsinn: „Was da über Nervengift im Koffer der Tochter geschrieben wird, ist einfach Schwachsinn. Wenn dem so wäre, hätte sie London überhaupt

nicht erreicht.“ Denn Nowitschok wirke sofort: „Das ist kein kumulatives, sondern ganz normales Giftmittel.“

Dabei sei dieser Stoff problemlos zu identifizieren. „Und es ist absolut sicher, dass Großbritannien die Fachleute dafür hat.“ Sie seien es auch, die die Sachen von Skripal und seiner Tochter bearbeitet haben könnten, sagt Professor Rink. „Das können die Briten ohne Weiteres selbst getan haben.“

Die Technologie sei für Spezialisten jedenfalls frei verfügbar. „Jeder Staat, in dem es Massenvernichtungswaffen gibt – Großbritannien, USA, China, überhaupt eine Industrienation mit einer Chemieindustrie –, kann diese Waffe herstellen, kein Problem.“ Aber wie sehr die Spezialisten sich auch anstrengen, kleine Abweichungen im Herstellungsverfahren seien unvermeidlich. Dies könnte auch der Grund dafür sein, dass London keine Proben des Nervengifts an Moskau herausgebe. Die Abweichungen im Produktionsprozess seien gewissermaßen eine Handschrift. „Es würde sofort deutlich werden, dass es nicht aus russischer Fertigung stammt. Natürlich können die Konzentrationen sehr niedrig sein. Leichte Komponenten, von denen es darin viele gibt, haben sich längst verflüchtigt. Aber die Feinheiten des Systems, die Zusammensetzung vieler Komponenten, kennen sie nicht. Auch Wil Mirsajanow kann sie nicht gekannt haben. Für die Fahnder wäre eine Probe aus Salisbury deshalb wie ein Fingerabdruck. Man könnte sofort sagen, dass das Zeug nicht in Russland zusammengebraut wurde.“

Ein weiterer Punkt: Bislang seien alle, die mit der Vergiftung unmittelbar in Berührung gekommen seien, am Leben. „Also kann es sich nicht um Nowitschok handeln. Oder dieses System ist stümperhaft eingesetzt worden. Oder aber die Engländer haben gleich nach dem Einsatz ein Gegengift verwendet, wofür man wiederum wissen muss, womit das Opfer vergiftet wurde.“

Überdies könne auch jedes normale Chemie- oder Pharmaunternehmen das Nervengift mit Leichtigkeit herstellen. „Nur die genaue Rezeptur reproduzieren kann kaum jemand“, auch wenn Wil Mirsajanow alles dafür getan habe, die Formeln hinauszuposaunen. „Einige andere Spezialisten, die mit der Formel vertraut sind, haben Russland in den 1990ern verlassen. Ich kenne fünf solche Menschen persönlich. Dass ihnen die Ausreise genehmigt wurde, war für uns im Institut, sagen wir mal, eine große Überraschung.“

Eine Frage bleibt noch: Wenn das Geheimnis gelüftet, die Technologie allgemein bekannt ist, warum musste London öffentlich erklären, dass es sich bei dem gegen Skripal eingesetzten Nervengift um Nowitschok handelt?

Professor Rink: Der Name lasse ja sofort an Russland denken. Für einen Fachmann sei Moskaus Schuld dadurch noch lange nicht bewiesen. „Beim westlichen Durchschnittsbürger macht das aber Eindruck. Genau das will man ja bezwecken.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31999/57/319995782.jpg>

de.sputniknews.com: Prag bestellt russischen Botschafter wegen „lügenhafter Aussage“ ein. Der russische Botschafter in Tschechien Alexander Smejewski ist ins Außenministerium in Prag zitiert worden, nachdem Moskau auf eine mögliche tschechische Herkunft des Nervengifts hingewiesen hat, mit dem der ehemalige russische GRU-Agent und Überläufer Sergej Skripal vergiftet wurde.

„Für morgen Vormittag wurde der russische Botschafter Alexander Smejewski einbestellt, damit er uns die lügenhafte Aussage der russischen Seite erklären kann“, teilte das tschechische Außenministerium am Dienstag auf Twitter mit.

Zuvor hatte die Sprecherin des Außenministeriums in Moskau Maria Sacharowa gesagt, dass die Substanz, mit der Skripal vergiftet wurde, möglicherweise in Tschechien, der Slowakei, Großbritannien oder Schweden hergestellt worden sei...

Dnr-online.ru: „Im Auftrag des Vorsitzenden der gesellschaftlichen Bewegung Donezkaja Respublika, des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko, geht die Erörterung der Entwicklungsstrategie „Kraft des Donbass“ weiter. Die Arbeit läuft in verschiedenen Bereichen.

So sind bis zum 20. März im Callcenter von „Kraft des Donbass“ 383 Anrufe eingegangen, darunter: 142 zur sozialen Thematik, 158 zur ökonomischen, 83 zur politischen. Es wurden 13 zentrale Veranstaltungen organisiert, die von 1345 Menschen besucht wurden. Daneben führten wir Treffen mit Arbeitskollektiven durch, an denen 10.360 Menschen teilgenommen haben.

Wir erhalten Rückmeldungen von Bürgern vom gesamten Territorium der Republik. Alle Vorschläge, die bei uns eingehen, werden systematisiert und werden in die Entwicklungsstrategie unseres Staates eingebracht“, teilte die Leiterin des zentralen Exekutivkomitees von DR Natalja Wolkowa mit.

de.sputniknews.com: **15 Jahre Irak-Invasion: „Mehrere verdeckte Ziele“**

Der US-Einmarsch im Irak jährt sich am Dienstag zum 15. Mal. Die wahren Ziele der Vereinigten Staaten unterschieden sich damals laut russischen Experten von den deklarierten Motiven.

Die USA warfen dem damaligen irakischen Herrscher Saddam Hussein vor, Massenvernichtungswaffen zu besitzen und das Terrornetzwerk Al-Qaida zu unterstützen.

Kirill Semjonow, Experte der russischen Denkfabrik IIR, geht aber davon aus, dass sich die US-Regierung damals hauptsächlich von geopolitischen Kalkulationen leiten ließ.

„Hatte man die Afghanistan-Invasion zuvor damit motiviert, dass dort Osama bin Laden und die Al-Qaida präsent seien, so war die Invasion im Irak weniger begründet. Doch diese beiden Invasionen sind als Glieder einer Ereigniskette zu betrachten, und zwar als Versuche der USA, eine imperiale Politik im Nahen Osten zu betreiben“, sagte Semjonow dem russischen Auslandssender RT.

Er meinte, die US-Regierung habe die strategische Lage des Irak berücksichtigt. Dank der US-Truppenpräsenz im Irak und in Afghanistan sei der Iran in die Zange genommen worden. Vom Irak aus sei bei Bedarf auch ein Militäreinsatz gegen Syrien möglich.

Boris Dolgow, Experte des russischen Orientalistik-Instituts, sagte der Zeitung „Argumenty i Fakty“: „In Wirklichkeit hatten die USA mehrere verdeckte Ziele. In erster Linie ging es darum, einen der mächtigsten arabischen Staaten, die sich den USA und Israel entgegensetzten, niederzuringen und zu zerstören. Die irakische Armee galt damals als eine der stärksten in der Region. Der Irak unterstützte alle palästinensischen Bewegungen, darunter auch die radikalen.“

„Bei den weiteren Zielen handelte es sich um eine Kontrolle über Erdöl und andere irakische Rohstoffe, aber auch um eine Spaltung der arabischen Welt nach dem Teile-und-herrsche-Prinzip“, so Dolgow.

Er betonte: „Dabei beschlossen die Amerikaner nicht bloß, Chaos zu stiften und dann im Trüben zu fischen, sondern agierten nach einem konkreten Plan. Dieser sah unter anderem den Aufbau eines schwachen pseudodemokratischen Staates auf den Ruinen des bisherigen Irak vor. Der neue Staat hätte gegenüber den USA völlig loyal und für Israel nicht bedrohlich sein sollen.“

In Bezug auf die Situation um den Irak sagte der Experte: „Vor allem brauchten sie das um Baschar Assad zu beseitigen und Syrien als einen Verbündeten des Iran zu vernichten. Eine Machtergreifung durch die sogenannten gemäßigten Islamisten im Irak und dann auch in Syrien hätte den Amerikanern und den Israelis ermöglicht, gegen Teheran erfolgreicher vorzugehen. Geplant war auch eine Fortbewegung des Dschihad in Richtung der mittelasiatischen Staaten und des russischen Südens.“

Dolgow skizzierte auch die faktischen Ergebnisse des US-Einsatzes: „Der Staat von Saddam Hussein ist vernichtet. An seiner Stelle wurde ein anderer Staat geschaffen, der angeblich demokratisch ist, in facto aber bewusst geschwächt. Offiziell gibt es im Irak Institutionen einer demokratischen Ordnung, doch in Wirklichkeit ist das nur eine Fiktion.“ Der Experte wies auch auf die soziale und Wirtschaftskrise im Irak sowie auf die wuchernde Korruption hin.

Er sagte weiter, eine maßgebliche Folge des Irak-Kriegs sei eine Stärkung des radikalen Islamismus gewesen. Außerdem sei die Schwächung des Irak auf eine Stärkung des Iran hinausgelaufen. Dessen Einfluss im mehrheitlich schiitisch geprägten Irak habe zugenommen. „Im Gegensatz zur Saddam-Zeit ist der Irak kein regionales Machtzentrum mehr. Dies hat die Kräftekonstellation im ganzen Nahen Osten geändert“, schlussfolgerte der russische Orientalist.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31999/68/319996811.jpg>

de.sputniknews.com: Washington und Partner stinkwütend über verbesserte Lage in Syrien – Moskau:

Die Verbesserung der Situation in Syrien versetzt die USA und deren Verbündeten in Rage, wie der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow am Dienstag sagte.

„Die humanitäre Situation dort (in Ost-Ghuta – Anm. d. Red.) hat sich radikal zum Besseren verändert. Zehntausende Menschen erscheinen auf den Straßen. Das alles versetzt natürlich die Opponenten der Regierung in Damaskus im wahrsten Sinne des Wortes in Wut. Sie versuchen immer wieder, neue Anlässe für Angriffe gegen uns und die syrische Seite zu finden“, teilte Rjabkow gegenüber Journalisten mit.

Wie er hinzufügte, sind in dieser Situation jegliche Provokationen möglich.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31997/91/319979105.jpg>

de.sputniknews.com: Trump ruft Putin an.

US-Präsident Donald Trump hat am Dienstag mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin telefoniert. Das hat inzwischen auch das Weiße Haus bestätigt.

Das Gespräch hat laut dem Pressedienst des Kreml auf Initiative der US-Seite stattgefunden.

Trump habe Putin zum Sieg bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen gratuliert.

Die beiden Staatschefs hätten sich außerdem für eine Beschränkung des Wettrüstens durch koordinierte Bemühungen ausgesprochen.

Unter anderem soll auch die Situation in Syrien und der Ukraine besprochen worden sein.

„Die beiden Seiten betonten die Notwendigkeit baldiger Veränderungen hin zu einer Regelung“, hieß es.

Trump und Putin äußerten laut dem Kreml in dem Gespräch zudem ihre Zufriedenheit darüber, dass die Situation um die koreanische Halbinsel sich etwas entspannt habe. Es sei die Wichtigkeit friedlicher diplomatischer Mittel zur Lösung des Konflikts unterstrichen worden. Außerdem hätten die Präsidenten ein mögliches Treffen auf hoher Ebene erörtert. Insgesamt sei das Gespräch konstruktiv und sachlich verlaufen und sei auf die Überwindung angehäufter Probleme gerichtet gewesen, so der Kreml.

de.sputniknews.com: Damaskus: Dutzende Tote und Verletzte nach Beschuss durch Kämpfer. Bei einem Raketenbeschuss der syrischen Hauptstadt Damaskus am Dienstag durch Terrorkämpfer sind nach Angaben der syrischen Polizei 24 Menschen ums Leben gekommen, 32 weitere wurden verletzt.

„Vorläufigen Angaben zufolge sind nach einem Raketenbeschuss von Damaskus und dessen Vororten durch Kämpfer aus Ost-Ghuta am Dienstag 24 Menschen ums Leben gekommen und 32 verletzt worden“, sagte ein Vertreter der Polizei gegenüber Sputnik. Die Opferzahl könne noch korrigiert werden, da der Beschuss weitergehe.

Abends:

de.sputniknews.com: Russische Diplomaten, Journalisten und Bürger in GB von Drohwelle erfasst – Botschafter:

Die in Großbritannien lebenden russischen Bürger, Korrespondenten und Diplomaten werden laut dem russischen Botschafter in London, Alexander Jakowenko, derzeit von einer

Drohwellen erfasst. Der Diplomat soll bereits eine große Anzahl an Beschwerden von beunruhigten Bürgern Russlands bekommen haben.

"Wir sehen keine Zusammenarbeit. Die Briten befassen sich hauptsächlich mit harten Vorwürfen gegen uns", sagte der Botschafter am Dienstag gegenüber russischen Journalisten. "Ich glaube, dass die Beziehungen hier feindselig sind, und am meisten beunruhigt uns die Tatsache, dass die Briten die Hysterie in der Presse so sehr anheizen, dass eine ungesunde Situation um die russischen Bürger entsteht, die hierher kommen, hier leben und hier arbeiten."

Wie der Botschafter ferner mitteilte, machen sich die in Großbritannien lebenden Russen Sorgen um ihre Kinder. Sie wüssten nicht, wie sich die Situation im Land in Zukunft entwickeln werde. Die negative Einstellung gegenüber ihnen im Alltagsleben beginne viele Menschen zu beunruhigen.

"Es ist wichtig für uns, maximal sichere Bedingungen zu schaffen, damit unsere Menschen von niemandem bedroht werden, damit sie sich in Sicherheit befinden. Und die Drohungen erklingen nicht nur gegen Korrespondenten, sondern auch gegen Diplomaten, und sogar gegen Durchschnittsbürger", unterstrich Jakowenko.

Die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien haben sich vor dem Hintergrund des Vorfalls im britischen Salisbury verschlechtert, wo der ehemalige GRU-Offizier Sergej Skripal und seine Tochter Julia bewusstlos aufgefunden und mit Anzeichen einer Vergiftung in ein Krankenhaus gebracht wurden, wo beide ins Koma fielen. Die britischen Behörden behaupten, dass hinter der Vergiftung des Ex-Spions Russland stehe. Russland weist diese Anschuldigungen entschieden zurück.